

Die Mehrwertsteuererhöhung verschlechtert die Staatseinnahmen. Zwar nimmt die Bundesregierung zunächst über 20 Milliarden Euro pro Jahr mehr ein. Wenn sich aber die Konjunktur verlangsamt, wirkt sich das voraussichtlich negativ auf die Einnahmen des Staates aus.

Mehrwertsteuererhöhung verstärkt die Inflation. Experten weisen darauf hin, dass die Mehrwertsteuererhöhung die Inflation befeuert, nämlich um fast zwei Prozent. Inflation meint, dass das Geld weniger wert ist.

DIE LINKE. fordert deshalb die Bundesregierung auf, die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen.

DIE LINKE. will die Mehrwertsteuer sogar senken – auf sieben Prozent für apothekenpflichtige Medikamente.

DIE LINKE. schlägt vor, dass die Bundesregierung die Einnahmen des Staates verbessert, indem sie den

- Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer erhöht,
- die Unternehmenssteuer anhebt,
- die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften heraufsetzt,
- die Vermögenssteuer wieder einführt und
- die Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen wieder besteuert.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de



**Mehrwertsteuer-
erhöhung: sozial
ungerecht und
wirtschaftlich dumm**



DIE LINKE. fordert, die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen.

Am 19. Mai 2006 beschloss der Deutsche Bundestag die größte Steuererhöhung der Nachkriegsgeschichte. Höhere Steuern für Reiche und Superreiche, damit sie sich endlich angemessen an gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen? Irrtum. SPD und CDU/CSU holen die Steuermilliarden vor allem von den kleinen Leuten. Sie beschlossen gegen den Widerstand der Fraktion DIE LINKE., die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zu erhöhen. Nachdem auch der Bundesrat im Juni dem Gesetz zustimmte, heißt es ab Januar 2007: Ob Kleidung, Elektrogeräte oder Spielzeug – alles wird teurer. Insgesamt kassiert die Bundesregierung bei der Bevölkerung über 20 Milliarden Euro pro Jahr. Dass die Bundesregierung gleichzeitig die Pendlerpauschale kürzte und das Kindergeld reduzierte, macht die Situation noch schlimmer.

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt die Mehrwertsteuererhöhung ab. Sie ist sozial ungerecht und volkswirtschaftlich dumm.

Soziale Ungerechtigkeit

Die Mehrwertsteuererhöhung trifft alle. Alle im Handel erhältlichen Produkte werden besteuert. Niemand kann einkaufen, ohne Mehrwertsteuer zu bezahlen. Ob Arm oder Reich, die Mehrwertsteuer ist für alle gleich. Anders als die Einkommensteuer, die sich nach der Höhe des Einkommens richtet. Für eine Durchschnittsfamilie (Ehepaar, zwei Kinder) bedeutet die Mehrwertsteuererhöhung: Ihr verfügbares Einkommen von 24.000 Euro im Jahr verringert sich 2007 um bis zu 720 Euro. Monatlich sind das 60 Euro weniger – gestrichen: einmal Kino und die neuen Sportschuhe für die Kids.

Die Mehrwertsteuererhöhung belastet die Einkommenschwachen am stärksten. Sie trifft besonders Menschen mit geringen Einkommen, da aus niedrigen Einkommen anteilig mehr konsumiert wird als aus hohen. Beim Kauf einer DVD im Wert von 20 Euro macht die Steuererhöhung 0,52 Euro aus. Bei Gartenmöbeln für 800 Euro sind es bereits 20,69 Euro. Das hätte für eine DVD gereicht. Beim Kauf eines Autos

für 20.000 Euro wären es Mehrkosten von 517,27 Euro, also über 25 DVDs.

Volkswirtschaftliche Dummheit

Die Mehrwertsteuererhöhung schadet der Konjunktur. Der private Verbrauch ist die Achillesferse des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Für den schwachen privaten Verbrauch ist die Lohnentwicklung verantwortlich: Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem die Reallöhne in den letzten zehn Jahren gesunken sind. Ganz anders in Großbritannien und Schweden: Dort stiegen die Löhne im gleichen Zeitraum um mehr als 25 Prozent. Die von der Großen Koalition beschlossene Mehrwertsteuererhöhung droht in Verbindung mit der negativen Einkommensentwicklung, den Konsum weiter zu schwächen.

Die Mehrwertsteuererhöhung führt zu noch mehr Arbeitslosigkeit. Verschlechtert sich die Konjunktur, ist damit zu rechnen, dass noch mehr Menschen arbeitslos werden.

Im Bundestagswahlkampf 2005 wettete die SPD gegen eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozent. 2006 beschloss die SPD mit CDU und CSU, die Mehrwertsteuer um drei Prozent zu erhöhen.

